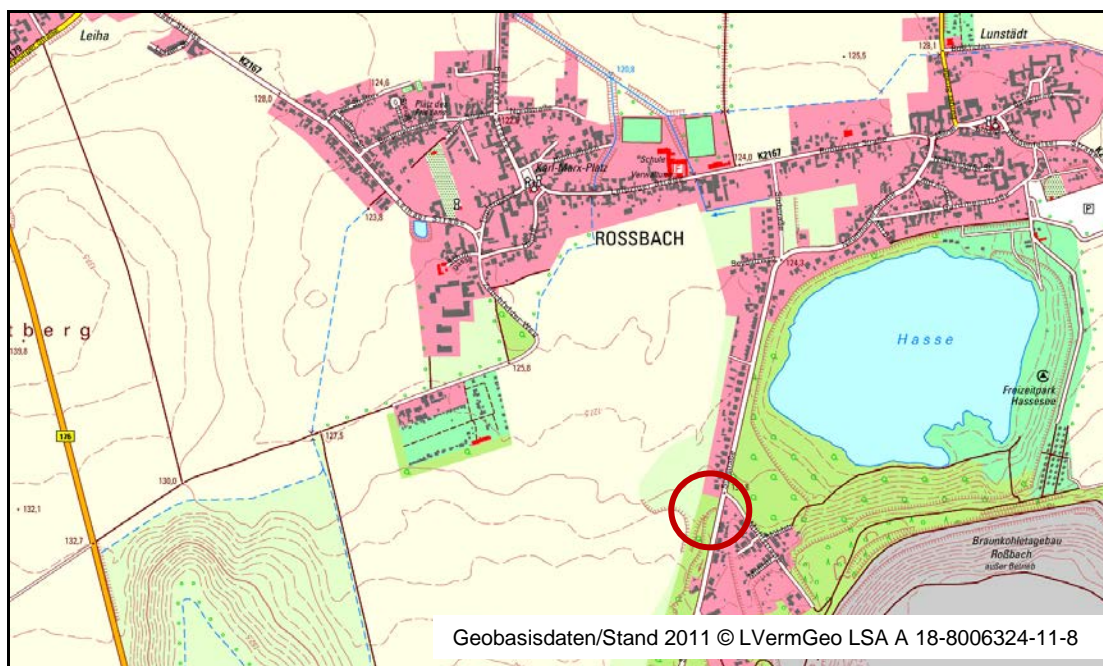


**Stadt Braunsbedra  
Bebauungsplan Nr. 14  
„Wohnbebauung Südstraße Roßbach“  
nach § 13b BauGB**



**Anlage 1**

**Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag**

März 2021

## Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>3</b>
1.1	Anlass und Aufgabenstellung .....	3
1.2	Methodisches Vorgehen und Begriffsbestimmung.....	3
1.3	Gesetzliche Grundlagen.....	4
<b>2</b>	<b>Wirkungen des Vorhabens.....</b>	<b>5</b>
2.1	Beschreibung des Betrachtungsgebietes.....	5
2.2	Baubedingte Wirkfaktoren und – prozesse.....	6
2.3	Anlagebedingte Wirkungen .....	6
2.4	Betriebsbedingte Wirkungen .....	7
<b>3</b>	<b>Bestand sowie Darlegung der Betroffenheit der Arten.....</b>	<b>7</b>
3.0	Erläuterung des Abschichtungsprozesses.....	7
3.1	Bestand und Betroffenheit der Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie .....	7
3.1.1	Pflanzenarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie .....	7
3.1.2	Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie.....	7
3.2	Bestand und Betroffenheit europäischer Vogelarten nach Art. 1 und Art. 4 Abs. 2 der Vogelschutz-Richtlinie .....	8
3.3	Bestand und Betroffenheit weiterer streng geschützter Arten, die keinen gemeinschaftsrechtlichen Schutzstatus aufweisen.....	13
3.3.1	Streng geschützte Pflanzenarten ohne gemeinschaftsrechtlichen Schutzstatus .....	13
3.3.2	Streng geschützte Tierarten ohne gemeinschaftsrechtlichen Schutzstatus.....	13
<b>4</b>	<b>Maßnahmen zur Vermeidung und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen .....</b>	<b>13</b>
4.1	Maßnahmen zur Vermeidung .....	13
4.2	Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität .....	15
<b>5</b>	<b>Fazit .....</b>	<b>16</b>
<b>6</b>	<b>Literatur- und Quellenverzeichnis .....</b>	<b>17</b>

## 1 Einleitung

### 1.1 Anlass und Aufgabenstellung

Im Ortsteil Roßbach ist westlich der Südstraße eine ergänzende Wohnbebauung beabsichtigt. Die Fläche grenzt südlich an die vorhandene Bebauung Südstraße an. Auch östlich der Südstraße ist bereits Wohnbebauung vorhanden. Das Plangebiet weist keine Versiegelungen bzw. Gebäude auf. Die Fläche wird extensiv gepflegt.

Die nachfolgende artenschutzrechtliche Prüfung wird auf der Grundlage einer Potenzialeinschätzung vorgenommen. Es sind keine Erfassungen zum Vorkommen von Tieren oder Tierartengruppen erfolgt. Im März 2021 hat eine Begehung zur Ermittlung der Vegetationsstrukturen und sonstigen Habitatausstattung stattgefunden. Aufgrund der derzeitigen Flächennutzungen bzw. Vegetationsstrukturen ist diese Herangehensweise angemessen.

### 1.2 Methodisches Vorgehen und Begriffsbestimmung

Im Rahmen der artenschutzrechtlichen Prüfung werden folgende Verfahrensschritte durchgeführt:

Phase 1: **Artenschutzrechtliche Vorprüfung** (Ermittlung prüfungsrelevanter Tier- und Pflanzenarten)

Phase 2: **Wirkungsanalyse**

Phase 3: **Ermittlung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände**

Phase 4: Prüfung der **naturschutzfachlichen Voraussetzung der Ausnahmeregelung**

Die Erstellung des Artenschutzrechtlichen Fachbeitrages orientiert sich an:

- Froehlich & Sporbeck (2010): Leitfaden Artenschutz in Mecklenburg/ Vorpommern. Hauptmodul Planfeststellung/ Genehmigung im Auftrag von Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie M-V
- LUGV (o. D.): Arbeitshilfen für artenschutzrechtliche Bewertungen:
  - StA „Arten und Biotopschutz“. Hinweise zu zentralen unbestimmten Rechtsbegriffen des Bundesnaturschutzgesetzes.
  - Hinweise der Länderarbeitsgemeinschaft Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung (LANA)
  - Besondere artenschutzrechtliche Bedeutung der europäischen Vogelarten
  - RANA (2008): Liste der im Rahmen des Artenschutzrechtlichen Fachbeitrages zu behandelnden Arten (Liste ArtSchRFachB). Im Auftrag des Landesbetriebes Bau Sachsen-Anhalt, Hauptniederlassung

Gegenstand der Betrachtung im Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag sind alle Arten des Anhanges IV der FFH-Richtlinie und alle nach nationalem Recht streng geschützten Arten mit Vorkommen bzw. potenziellem Vorkommen im betrachtungsrelevanten Gebiet.

### 1.3 Gesetzliche Grundlagen

Die gesetzlichen Grundlagen der artenschutzrechtlichen Bewertung sind im Bundesnaturschutzgesetz (Gesetz zur Neuregelung des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege vom 29.07.2009 - BNatSchG) in den §§ 37-47 formuliert. Es setzt die artenschutzrechtlichen Richtlinien der Europäischen Union, vor allem die

- Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21.05.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (*Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie*)
- Richtlinie 2009/147/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30.11.2009 über die Erhaltung der wildlebenden Vogelarten (*Vogelschutzrichtlinie*)

in nationales Recht um.

Der besondere Artenschutz wird in den §§ 44 bis 47 BNatSchG berücksichtigt. Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG (*Zugriffsverbote*) ist es verboten:

- 1 wildlebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören (*Tötungsverbot*),
- 2 wildlebenden Tieren der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderzeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert (*Störungsverbot*),
- 3 Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören (*Schädigungsverbot*).
- 4 wildlebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (*Schädigungsverbot Pflanzen*)

Als Fortpflanzungs- und Ruhestätten gelten natürliche und anthropogen entstandene Strukturen die in o. g. Funktion regelmäßig genutzt werden. Nach dem sogenannten „Stralsund-Urteil“ (BVerwG vom 21.06.2006) trifft dies auch bei vorübergehender Abwesenheit der Tiere zu, wenn eine erneute Nutzung, beispielsweise im nächsten Jahr (Greifvogelhorste, Fledermausquartiere), zu erwarten ist.

In § 44 Abs. 5 BNatSchG wird das Eintreten der in Abs. 1 genannten Verbotstatbestände für nach § 15 BNatSchG zulässigen Eingriffe sowie für Vorhaben im Sinne des § 18 Abs. 2 Satz 1 die nach Baugesetzbuch (BauGB) zulässig sind, eingeschränkt:

- Sind im Anhang IV a der FFH-RL aufgeführte Tierarten, europäische Vogelarten oder solche Arten betroffen, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG aufgeführt sind, liegt ein Verstoß gegen das Schädigungsverbot und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wildlebender Tiere auch gegen das Tötungsverbot nicht vor soweit die ökologische Funktion der von dem Eingriff oder Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird.
- Soweit erforderlich können auch vorgezogene Ersatzmaßnahmen festgesetzt werden.
- Für Standorte wildlebender Pflanzen der in Anhang IV Bst. b der FFH-RL aufgeführten Arten gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend

- Sind andere besonders geschützte Arten betroffen, liegt bei Handlungen zur Durchführung eines Eingriffs oder Vorhabens kein Verstoß gegen die Zugriffsverbote vor.

Die nach Landesrecht für Naturschutz und Landschaftspflege zuständigen Behörden können nach § 45 Abs. 7 im Einzelfall Ausnahmen von den Verboten des § 44 zulassen:

- zur Abwendung erheblicher wirtschaftlicher Schäden,
- zum Schutz der natürlich vorkommenden Tier- und Pflanzenwelt,
- im Interesse der Gesundheit des Menschen, der öffentlichen Sicherheit oder der maßgeblich günstigen Auswirkungen auf die Umwelt sowie
- aus anderen zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art.

Eine Ausnahme darf nur zugelassen werden, wenn zumutbare Alternativen nicht gegeben sind und sich der Erhaltungszustand der Populationen einer Art nicht verschlechtert, soweit nicht Artikel 16 Satz 1 der Richtlinie 92/43/EWG weitergehende Anforderungen enthält. Artikel 16 Satz 3 der Richtlinie 92/43/EWG und Artikel 9 Satz 2 der Richtlinie 79/409/EWG sind zu beachten.

Nach § 14 BNatSchG ist der Verursacher eines Eingriffes verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. Beeinträchtigungen sind vermeidbar, wenn zumutbare Alternativen, den mit dem Eingriff verfolgten Zweck am gleichen Ort ohne oder mit geringen Beeinträchtigungen zu erreichen, gegeben sind. Soweit Beeinträchtigungen nicht vermieden werden können, sind diese zu begründen. Der Verursacher ist verpflichtet, unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder zu ersetzen (Ersatzmaßnahmen) (§ 15 Satz 2 BNatSchG).

## **2 Wirkungen des Vorhabens**

### **2.1 Beschreibung des Betrachtungsgebietes**

Der Bebauungsplan wird mit dem Ziel aufgestellt, eine bauliche Nutzung planungsrechtlich vorzubereiten. Es ist beabsichtigt, auf der Fläche bis zu vier Einfamilienhäuser zu errichten. Die Erschließung ist über die Südstraße gesichert.

Das Betrachtungsgebiet befindet sich am südlichen Ortsrand von Roßbach. Im Osten und Norden grenzt an das Plangebiet Wohnbebauung an. Im Nordosten liegt in einer Entfernung von ca. 250 m die Hasse, ein künstlich entstandener See mit Naherholungseinrichtungen am Ostufer und umgebenden Wald-/Gehölzflächen. Südöstlich befindet sich der Tagebau Roßbach in einem Abstand von ca. 350 m.

Nach Süden grenzt an das Plangebiet entlang der Südstraße eine Waldfläche an und nach Westen zunächst ein Offenland mit Gehölzen und daran anschließend eine Ackerfläche.

Bei dem Plangebiet handelt sich um ein Offenland, das extensiv gepflegt wird, so dass sich eine dichte Kraut-Stauden-Flur ausgebildet hat. Diese wird mit Ausnahme zur Südstraße durch eine heckenartige Struktur begrenzt. Von Nordost nach Südwest zeichnet sich innerhalb der Grasflur eine Fahrspur deutlich ab.



(alle Fotos: SLG, März 2021))

Mit Umsetzung des Bebauungsplans wird im Plangebiet ein Allgemeines Wohngebiet (WA) entstehen.

Im Folgenden werden die Auswirkungen des Vorhabens auf die streng und europarechtlich geschützten Tier- und Pflanzenarten analysiert und die Wirkfaktoren ermittelt, von denen Beeinträchtigungen und Störungen ausgehen können.

## 2.2 Baubedingte Wirkfaktoren und – prozesse

Während der Bauphase sind Wirkungen zu erwarten hinsichtlich:

- Vorübergehende Flächeninanspruchnahme für Baustelleneinrichtung, Lagerflächen usw.
- Bodenverdichtungen durch Baufahrzeuge
- Schallemissionen
- Emissionen der Baufahrzeuge und baubedingte Staubemissionen
- Bauvorbereitende Maßnahmen

Diese Wirkungen sind jedoch zeitlich begrenzt. Baubedingt genutzte Flächen werden, soweit sie später nicht nachgenutzt werden, wieder zurückgebaut. Dauerhafte Wirkungen gehen im Allgemeinen mit Gehölzfällungen einher.

## 2.3 Anlagebedingte Wirkungen

Es ist festzustellen, dass der Bebauungsplan als Angebots-Bebauungsplan aufgestellt wird. Insofern können nur die Festsetzungen des Bebauungsplanes konkret geprüft werden. Folgende anlagebedingte Wirkungen können daher mit Umsetzung einhergehen:

- dauerhafte Flächeninanspruchnahme und Versiegelung von Bodenflächen im Rahmen der festgesetzten GRZ
- durch Überbauung quantitativer und qualitativer Verlust von Lebensräumen für Pflanzen und Tiere und von ökologischen Funktionen des Naturhaushaltes
- durch Gestaltung der Privatgärten Änderung der Vegetationsstrukturen

## **2.4 Betriebsbedingte Wirkungen**

Im Hinblick auf die im Geltungsbereich geplanten Nutzungen sind betriebsbedingte Wirkungen zu vernachlässigen. Aufgrund der geringen Größe des Plangebietes und der geplanten Nutzung wird zwar Anwohnerverkehr erzeugt, dieser wirkt jedoch keinesfalls erheblich.

## **3 Bestand sowie Darlegung der Betroffenheit der Arten**

### **3.0 Erläuterung des Abschichtungsprozesses**

Grundlage für die Untersuchungen zum Artenschutz bilden die Artenlisten der in Sachsen-Anhalt vorkommenden europäisch streng geschützten Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie, national streng geschützten Arten sowie die heimischen, wildlebenden europäischen Vogelarten nach Artikel 1 der Vogelschutz-Richtlinie [4]. In einem Abschichtungsprozess wurden die Arten ausgeschlossen, die im Wirkraum nicht vorkommen können bzw. für die es keine Erkenntnisse gibt:

- Art ist im Großnaturreaum ausgestorben/verschollen/nicht vorkommend
- Wirkraum liegt außerhalb des bekannten Verbreitungsgebietes der Art in Sachsen-Anhalt bzw. Vogelarten "im Gebiet nicht brütend/nicht vorkommend"
- Erforderlicher Lebensraum/Standort der Art kommt im Wirkraum des Vorhabens nicht vor (Lebensraum-Grobfilter nach z.B. Moore, Wälder, Gewässer)
- Wirkungsempfindlichkeit der Art ist vorhabensspezifisch so gering, dass mit hinreichender Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass keine Verbotstatbestände ausgelöst werden können.

Alle übrigen Arten gelten als zumindest potenziell im Wirkraum vorkommend und werden in den nachfolgenden Kapiteln hinsichtlich ihrer Betroffenheit durch das Planvorhaben bewertet sowie das Auftreten von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG beurteilt.

### **3.1 Bestand und Betroffenheit der Arten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie**

#### **3.1.1 Pflanzenarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie**

Weder im direkt durch die Planung betroffenen Gebiet noch im erweiterten Wirkraum kommen nach Anhang IV der FFH-Richtlinie geschützte Pflanzenarten vor: es liegen weder direkte Nachweise vor, noch finden sich aufgrund der Nutzung Biotopstrukturen mit geeigneten Standortfaktoren. Es handelt sich bei dem Plangebiet um eine überwiegend extensiv gepflegte Fläche.

#### **3.1.2 Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie**

Es wurden keine Erfassungen durchgeführt, daher wird eine Potenzialeinschätzung auf der Grundlage vorkommender Biotop- und Nutzungstypen durchgeführt. Es sind als potenzielle

Lebensräume vorrangig eine Gras-Stauden-Flur und Rasenflächen (Fahrspur, Bankett an Südstraße) vorhanden. Lediglich im Randbereich sind Gehölze vorhanden.

Das Vorkommen von nach Anhang IV FFH-Richtlinie geschützten Arten folgender Tiergruppen kann demnach ausgeschlossen werden:

- Säugetiere: keine geeigneten Lebensraumstrukturen für streng geschützte Säugetierarten vorhanden
- Amphibien: keine geeigneten Lebensraumstrukturen im Plangebiet vorhanden,
- Fische: keine geeigneten Lebensraumstrukturen für streng geschützte Fischarten vorhanden
- Libellen: keine geeigneten Lebensraumstrukturen für streng geschützte Libellenarten vorhanden
- Käfer: keine geeigneten Totholz-Strukturen im Planungsgebiet vorhanden.
- Schnecken und Mollusken: keine geeigneten Lebensraumstrukturen für streng geschützte Schnecken/Mollusken vorhanden
- Tag- und Nachtfalter: keine geeigneten Strukturen vorhanden

Zur oben angeführten Grobanalyse ist ergänzend im Hinblick auf *Amphibien* auszuführen, dass sich nordöstlich sowie südöstlich des Plangebietes potenzielle Laichgewässer befinden (Abstand 250 m bzw. 350 m). Eine Eignung bzw. Nutzung als Landlebensraum kann für das Plangebiet aufgrund der innerhalb der möglichen Wanderungskorridore liegenden Bebauung aber nicht ermittelt werden.

In Bezug auf *Zauneidechsen* ist festzustellen, dass ein Vorkommen nicht vollständig ausgeschlossen werden kann. Das Plangebiet weist in den Randbereichen und insbesondere mit der Fahrspur geeignete Strukturen auf, auch wenn der Boden durch das Befahren überwiegend stark verfestigt ist.

Es werden demnach im Ergebnis der Abschichtung in Bezug auf geschützte Arten nach Anhang IV folgende Arten bzw. Artengruppen in die artenschutzrechtliche Prüfung eingestellt:

- Zauneidechsen.

Darüber hinaus werden auch *Brutvögel* in die Betrachtung einbezogen. Alle heimischen Brutvögel sind gemäß Vogelschutzrichtlinie geschützt. Es sind auch im Anhang IV der FFH-Richtlinie Vogelarten verzeichnet.

### **3.2 Bestand und Betroffenheit europäischer Vogelarten nach Art. 1 und Art. 4 Abs. 2 der Vogelschutz-Richtlinie**

Gemäß den gesetzlichen Bestimmungen sind zunächst alle wild lebenden Vogelarten zu berücksichtigen. Da keine Erfassungen vorgenommen worden sind, wird das potenziell vorkommende Artenspektrum über die vorherrschenden Biotop- und Nutzungstypen eingegrenzt.

#### *Habitatausstattung*

Wie bereits ausgeführt, ist auf der Fläche überwiegend eine Graus-Stauden-Flur entwickelt. In den Randbereichen sind heckenartige Strukturen vorhanden. Es befinden sich auf der Fläche keine Gebäude. Somit ist von einer Eignung für Boden- und Gehölzbrüter auszugehen.

Es liegen keine Hinweise auf vorhandene Greifvogelhorste vor. Bei der Begehung wurden auch keine Althorste im Baubestand nachgewiesen.



## Betroffenheit der Vogelarten

Gehölzbrütende Vögel	
<b>1. Gefährdungstatus</b>	
Alle heimischen Brutvögel sind nach Artikel 1 Vogelschutz-Richtlinie geschützt. Einige Arten sind auf der Vorwarnliste der Roten Listen Deutschlands bzw. Sachsen-Anhalts verzeichnet.	
<b>2. Charakterisierung</b>	
<b>2.1 Lebensraumansprüche und Verhaltensweisen</b>	Unter dem Oberbegriff der gehölzbrütenden Vogelarten werden Gehölz- und Baumbrüter zusammengefasst. Es sind nur sog. „Allerweltsarten“ zu erwarten (Taube, Krähe, Amsel, Feldsperling).
<b>2.2 Verbreitung in Deutschland / in Sachsen-Anhalt</b>	Deutschland: weit verbreitet  Sachsen-Anhalt: weit verbreitet
<b>2.3 Verbreitung im Untersuchungsraum</b>	<input type="checkbox"/> nachgewiesen <input checked="" type="checkbox"/> potenziell möglich  Der Gehölzbestand (Bäume und Sträucher) ist als Brut- und Fortpflanzungsstätte für Gehölzbrüter geeignet. Es hat keine Erfassung der vorkommenden Arten stattgefunden, demnach kann auch die lokale Population nicht abgeschätzt werden.
<b>3. Prüfung des Eintretens von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG</b>	
<b>3.1 Prognose und Bewertung des Tötungs- und Verletzungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (ausgenommen sind Tötung/Verletzung in Verbindung mit Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten)</b>	
<b>Verletzung oder Tötung von Tieren, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen</b>	
Eingriffsbedingte Individuenverluste außerhalb der Fortpflanzungs- und Ruhestätten können für diese hochmobile Artengruppe ausgeschlossen werden.	
<input type="checkbox"/> Maßnahmen zur Vermeidung notwendig <input type="checkbox"/> CEF-Maßnahmen	
<b>Tötungsverbot wird verletzt</b> <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein	
<b>3.1.2 Prognose und Bewertung des Störungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG</b>	
<b>Erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten mit Auswirkungen auf den Erhaltungszustand der lokalen Population</b>	
Störungen mit Auswirkungen auf den Erhaltungszustand der potenziell vorkommenden Vogelarten werden vor allem aufgrund der Kleinräumigkeit des Eingriffs und daher einer sehr geringen Brutdichte ausgeschlossen.	
<input type="checkbox"/> Maßnahmen zur Vermeidung notwendig <input type="checkbox"/> CEF-Maßnahmen	
<b>Störungsverbot wird verletzt</b> <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein	
<b>3.1.3 Prognose und Bewertung der Schädigungstatbestände nach § 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG sowie ggf. des Verletzungs- und Tötungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG (Tötung/Verletzung in Verbindung mit Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten)</b>	
Bau- und anlagebedingt kann die Entnahme von Bäumen und Sträuchern erforderlich sein. Folgende Einschätzung im Hinblick auf das Brutverhalten der potenziell vorkommenden Vogelarten kann vorgenommen werden:	

<b>Gehölzbrütende Vögel</b>	
<input checked="" type="checkbox"/>	Die Art benutzt das Nest regelmäßig nur einmal. Eine Zerstörung des (einmal genutzten) Brutplatzes bleibt ohne Beeinträchtigung der Art.
<input type="checkbox"/>	Die Art benutzt das Nest im Einzelfall wiederholt; jedoch gehört Ausweichen auf andere Nester zum normalen Verhalten.
<input type="checkbox"/>	Die Art benutzt den Brutplatz wiederholt. Ausweichen tritt v.a. als Folge anthropogener Beeinträchtigungen / Störungen auf. Das Nest resp. mehrere Nester im engen räumlichen Zusammenhang sind obligatorisch.
<input checked="" type="checkbox"/>	Maßnahmen zur Vermeidung notwendig
<input type="checkbox"/>	CEF-Maßnahmen (vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen zum Erhalt der durchgängigen ökologischen Funktionalität)
<b>Schädigungsverbot wird verletzt</b> <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein	
<b>Artspezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF):</b>	
VASB 1:	Bauzeitenregelung zur Gehölzentnahme
4. Erfordernis der Zulassung einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG	
<input checked="" type="checkbox"/>	nein (Verbotstatbestände treten nicht ein) ⇒ <b>Prüfung endet hier</b>
<input type="checkbox"/>	ja (Verbotstatbestände treten ein) ⇒ <b>Ausnahmevoraussetzungen</b> sind zu prüfen und die erforderlichen Maßnahmen vorzusehen

<b>Bodenbrüter</b>	
1. Gefährdungstatus	
Alle heimischen Brutvögel sind nach Artikel 1 Vogelschutz-Richtlinie geschützt. Einige Arten sind auf der Vorwarnliste der Roten Listen Deutschlands bzw. Sachsen-Anhalts verzeichnet.	
2. Charakterisierung	
2.1 Lebensraumansprüche und Verhaltensweisen	
Bodenbrütende Vogelarten legen ihre Niststätte häufig sehr gut getarnt am Erdboden oder erdnahen Bereichen an. An die Habitatausstattung werden artspezifisch verschiedene Ansprüche gestellt. Bodenbrüter finden sich nicht selten in offenen und halboffenen Kulturlandschaftselementen, wie bspw. Ackerfluren, extensiven Grünlandflächen, Mooren, Feuchtgebieten oder Hochstaudensäumen. Es werden aber auch gehölzreiche Bestände oder Wälder für die Anlage der Brutstätten ausgewählt. Typische Arten sind: Brachpieper ( <i>Anthus campestris</i> ), Braunkehlchen ( <i>Saxicola rubetra</i> ) Feldlerche ( <i>Alauda arvensis</i> ), Goldammer ( <i>Emberiza citrinella</i> ), Heidelerche ( <i>Lullula arborea</i> ), Schafstelze ( <i>Motacilla flava</i> ), Wachtel ( <i>Coturnix coturnix</i> ).	
2.2 Verbreitung in Deutschland / in Sachsen-Anhalt	
Deutschland: weit verbreitet	
Sachsen-Anhalt: weit verbreitet	
2.3 Verbreitung im Untersuchungsraum	
<input type="checkbox"/>	nachgewiesen
<input checked="" type="checkbox"/>	potenziell möglich
Das Plangebiet ist grundsätzlich als Brut- und Fortpflanzungsstätte für Bodenbrüter geeignet.	
Es hat keine Erfassung der vorkommenden Arten stattgefunden, demnach kann auch die lokale Population nicht abgeschätzt werden.	
3. Prüfung des Eintretens von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG	
3.1 Prognose und Bewertung des Tötungs- und Verletzungsverbotes nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG (ausgenommen sind Tötung/Verletzung in Verbindung mit Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten)	
<b>Verletzung oder Tötung von Tieren, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen</b>	

## Bodenbrüter

Eingriffsbedingte Individuenverluste außerhalb der Fortpflanzungs- und Ruhestätten können für diese hochmobile Artengruppe ausgeschlossen werden.

- Maßnahmen zur Vermeidung notwendig  
 CEF-Maßnahmen

**Tötungsverbot wird verletzt**

ja  nein

### 3.1.2 Prognose und Bewertung des Störungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG

**Erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten mit Auswirkungen auf den Erhaltungszustand der lokalen Population**

Störungen mit Auswirkungen auf den Erhaltungszustand der potenziell vorkommenden Vogelarten werden vor allem aufgrund der Kleinräumigkeit des Eingriffs und daher einer sehr geringen Brutdichte ausgeschlossen.

- Maßnahmen zur Vermeidung notwendig  
 CEF-Maßnahmen

**Störungsverbot wird verletzt**

ja  nein

**3.1.3 Prognose und Bewertung der Schädigungstatbestände nach 44 Abs. 1 Nr. 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG sowie ggf. des Verletzungs- und Tötungsverbot nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG (Tötung/Verletzung in Verbindung mit Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten)**

Bau- und anlagebedingt sind Sanierungen z.B. am Schulgebäude erforderlich. Folgende Einschätzung im Hinblick auf das Brutverhalten der potenziell vorkommenden Vogelarten kann vorgenommen werden:

- Die Art benutzt das Nest regelmäßig nur einmal. Eine Zerstörung des (einmal genutzten) Brutplatzes bleibt ohne Beeinträchtigung der Art.  
 Die Art benutzt das Nest im Einzelfall wiederholt; jedoch gehört Ausweichen auf andere Nester zum normalen Verhalten.  
 Die Art benutzt den Brutplatz wiederholt. Ausweichen tritt v.a. als Folge anthropogener Beeinträchtigungen / Störungen auf. Das Nest resp. mehrere Nester im engen räumlichen Zusammenhang sind obligatorisch.

Hinweis: es sind keine Schwalbennester vorhanden.

- Maßnahmen zur Vermeidung notwendig  
 CEF-Maßnahmen (vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen zum Erhalt der durchgängigen ökologischen Funktionalität)

**Schädigungsverbot wird verletzt**

ja  nein

**Artspezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF):**

VASB 2: Bauzeitenregelung zur Beseitigung der Vegetation

## 4. Erfordernis der Zulassung einer Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG

- nein** (Verbotstatbestände treten nicht ein) ⇒ **Prüfung endet hier**  
 **ja** (Verbotstatbestände treten ein) ⇒ **Ausnahmevoraussetzungen** sind zu prüfen und die erforderlichen Maßnahmen vorzusehen

### 3.3 Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie

<b>Zauneidechse, <i>Lacerta agilis</i></b>			
<b>1. Gefährdungseinschätzung und Schutzstatus</b>			
<u>Rote Liste</u>	Deutschland: V	Sachsen-Anhalt:	3
<u>gesetzlicher Schutz:</u>	FFH-Anhang: IV	BNatSchG: streng geschützt	
<b>2. biologisch-ökologische Kurzcharakteristik der Art/ Artengruppe</b>			
<p>Die Zauneidechse ist in Deutschland allgemein verbreitet, eine besondere Verantwortung Deutschlands ist nach Steinicke et al. (2002) nicht gegeben. Sie ist eine in ihrem Hauptverbreitungsgebiet euryöke Art, die sich an den Rändern ihres Areales stenök verhält. Ihre Lebensraumsprüche entsprechen dem folgenden Habitatschema (Günther et al. 2009):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- sonnenexponierte Lage (südliche Exposition, Hangneigungen max. 40°)</li> <li>- lockeres gut drainiertes Substrat</li> <li>- unbewachsene Teilflächen mit geeigneten Eiablageplätzen</li> <li>- spärliche bis mittelstarke Vegetation</li> <li>- Vorhandensein von Kleinstrukturen, wie Steine und Totholz etc. als Sonnplätze.</li> </ul> <p>Häufig stellen Bahndämme und regelmäßig gemähte Straßenränder mit angrenzenden Offenlandstrukturen für die Zauneidechse geeignete Lebensräume dar.</p> <p>Die jährliche Aktivitätsphase beginnt meist im April, selten, und nur bei günstiger Witterung schon Ende Februar/ Anfang März. Ab Mitte April beginnt die Paarungszeit und dauert bis in den Juni an. Die Eiablage erfolgt von Juni bis Anfang Juli an offenen, sonnigen und nicht zu trockenen Stellen mit gut grabbarem Boden. Bevorzugt werden die Eier in selbstgegrabenen Erdröhren in einer Tiefe von 4 – 10 cm abgelegt. Der Schlupf der Jungtiere erstreckt sich von Ende Juli bis Anfang September. Ab der letzten Septemberdekade beginnen die adulten Tiere ihre Winterquartiere aufzusuchen. Jungtiere können noch bis Mitte Oktober aktiv bleiben.</p>			
<b>3. Vorkommen im Wirkraum</b>			
Im Plangebiet weisen Teilflächen eine potenzielle Lebensraumeignung auf.			
Art im Wirkraum:	<input type="checkbox"/> nachgewiesen	<input checked="" type="checkbox"/> potenziell vorkommend	
<b>4. Prüfung des Eintretens der Verbotstatbestände entsprechend § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG</b>			
<b>Prognose und Bewertung des Tötungs- und Verletzungsverbotes gem. § 44 Abs.1 Nr. 1 BNatSchG (ausgenommen sind Tötungen/Verletzungen in Verbindung mit Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten):</b>			
<b>Verletzung oder Tötung von Tieren, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen</b>			
Bei erdeingreifenden Maßnahmen kann ein Töten oder Verletzen von Individuen nicht ausgeschlossen werden.			
<input checked="" type="checkbox"/>	Maßnahmen zur Vermeidung erforderlich		
<input checked="" type="checkbox"/>	CEF- Maßnahmen erforderlich		
<b>Tötungsverbot wird verletzt</b>	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	
<b>Prognose und Bewertung des Störungsverbotes gem. § 44 Abs.1 Nr. 2 BNatSchG:</b>			
<b>Erhebliches Stören von Tieren während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten mit Auswirkungen auf den Erhaltungszustand der lokalen Population</b>			
Die Fläche ist insgesamt sehr klein und weist nur begrenzt eine Quartierseignung auf, daher sind keine Auswirkungen auf den Erhaltungszustand der lokalen Population anzunehmen.			
<input type="checkbox"/>	Maßnahmen zur Vermeidung erforderlich		
<input type="checkbox"/>	CEF- Maßnahmen erforderlich		
<b>Störungsverbot wird verletzt</b>	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	
<b>Prognose und Bewertung der Schädigungstatbestände gem. § 44 Abs.1 Nr. 3 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG sowie ggf. des Verletzungs- und Tötungsverbotes gem. § 44 Abs.1 Nr. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG (Tötungen/ Verletzungen in Verbindung mit Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten):</b>			

Aufgrund der potenziellen Eignung als Lebensraum ist auch ein Zerstören von Fortpflanzungsstätten nicht auszuschließen.	
<input checked="" type="checkbox"/>	Maßnahmen zur Vermeidung erforderlich
<input checked="" type="checkbox"/>	CEF- Maßnahmen erforderlich
<b>Schädigungsverbot wird verletzt</b>	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein
<b>Artspezifische Vermeidungsmaßnahmen sowie vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen (CEF):</b>	
<b>V<sub>ASB 3</sub>:</b>	Umsiedlung von Zauneidechsen
<b>A<sub>CEF1</sub>:</b>	Herrichtung von Ersatzhabitaten
<b>5. Zusammenfassende Feststellung der artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände</b>	
<b>Die Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG</b>	
<input type="checkbox"/>	<b>treffen zu</b> (Darlegung der Gründe für eine Ausnahme erforderlich)
<input checked="" type="checkbox"/>	<b>treffen nicht zu</b> (artenschutzrechtliche Prüfung endet hiermit)

### 3.4 Bestand und Betroffenheit weiterer streng geschützter Arten, die keinen gemeinschaftsrechtlichen Schutzstatus aufweisen

#### 3.4.1 Streng geschützte Pflanzenarten ohne gemeinschaftsrechtlichen Schutzstatus

Weder im direkt durch die Planung betroffenen Gebiet noch im erweiterten Wirkraum kommen streng geschützte Pflanzenarten ohne gemeinschaftsrechtlichen Schutzstatus vor: Es liegen weder direkte Nachweise vor, noch finden sich Biotopstrukturen mit geeigneten Standortfaktoren.

#### 3.4.2 Streng geschützte Tierarten ohne gemeinschaftsrechtlichen Schutzstatus

Weder im direkt durch die Planung betroffenen Gebiet noch im erweiterten Wirkraum kommen streng geschützte Tierarten ohne gemeinschaftsrechtlichen Schutzstatus vor: Es liegen weder direkte Nachweise vor, noch finden sich Biotopstrukturen mit geeigneten Standortfaktoren.

## 4 Maßnahmen zur Vermeidung und vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen

### 4.1 Maßnahmen zur Vermeidung

<b>V<sub>ASB 1</sub></b>	<b>Bauzeitenregelung zur Durchführung von Gehölzentnahmen</b>
<b>Konflikt im geplanten Eingriff</b>	
Verlust von Brut- und Ruheplätzen durch Gehölzentnahmen	
<b>Bezug/ betroffene Flächen</b>	
Vorhandene Bäume und Sträucher im Plangebiet	
<b>Zielart(en) der Maßnahme</b>	
Brutvögel	

<b>V<sub>ASB</sub> 1</b>	<b>Bauzeitenregelung zur Durchführung von Gehölzentnahmen</b>
<b>Maßnahme</b>	Durchführung notwendiger Gehölzentnahmen innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist im Zeitraum vom 01. Oktober bis 28. Februar (§ 39 BNatSchG), d. h. außerhalb der Brut- und Fortpflanzungszeit von Vögeln
<b>Ausführungszeitraum</b>	Durchführung von Oktober bis Februar
<b>Unterhaltungspflege</b>	nein
<b>Kontrolle/ Monitoring</b>	nein

<b>V<sub>ASB</sub> 2</b>	<b>Bauzeitenregelung zur Beseitigung der Vegetationsschicht</b>
<b>Konflikt im geplanten Eingriff</b>	Verlust von Brut- und Fortpflanzungsstätten durch Inanspruchnahme der Flächen
<b>Bezug/ betroffene Flächen</b>	Vorhandene Gras-Stauden-Flur
<b>Zielart(en) der Maßnahme</b>	Brutvögel
<b>Maßnahme</b>	Ein Beseitigen der Vegetationsschicht ist nur außerhalb der Brutzeit der Vögel zulässig
<b>Ausführungszeitraum</b>	Durchführung von August bis März
<b>Unterhaltungspflege</b>	nein
<b>Kontrolle/ Monitoring</b>	nein

<b>V<sub>ASB</sub> 3</b>	<b>Umsiedlung von Zauneidechsen</b>
<b>Konflikt im geplanten Eingriff</b>	Verlust geeigneter Habitatstrukturen
<b>Bezug/ betroffene Flächen</b>	

<b>V<sub>ASB</sub> 3</b>	<b>Umsiedlung von Zauneidechsen</b>
gesamtes Plangebiet	
<b>Zielart(en) der Maßnahme</b> Zauneidechse	
<b>Maßnahme</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• durch Fachgutachter sind geeignete Habitatflächen abzugrenzen, Verlauf des Zauns vorzugeben und fachgerechte Herrichtung des Zauns zu kontrollieren</li> <li>• Auszäunen der Habitatflächen mit einem Reptilienschutzzaun</li> <li>• Mahd der ausgezäunten Flächen</li> <li>• Fang mit Eimerfalle oder als Handfang einschließlich Ausbringen von Versteckmöglichkeiten</li> <li>• Umsiedeln gefangener Tiere in vorbereitete Ersatzhabitate nach A<sub>CEF</sub> 1</li> <li>• Fang und Umsiedlung der Zauneidechsen sind ausschließlich durch einen Fachgutachter vorzunehmen</li> <li>• Ergebnisse protokollieren und zuständiger Naturschutzbehörde übergeben</li> </ul>	
<b>Ausführungszeitraum</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Fangzeitraum über mindestens 15 Tage mit geeigneter Witterung von April bis September/Oktober, vorzugsweise vor der Eiablage (April bis Juni), 2 Kontrollbegehungen im September/Oktober</li> </ul>	
<b>Unterhaltungspflege</b> nein	
<b>Kontrolle/ Monitoring</b> nein	

#### 4.2 Maßnahmen zur Sicherung der kontinuierlichen ökologischen Funktionalität

(vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen i.S.v. § 44 Abs. 5 BNatSchG)

CEF-Maßnahmen haben das Ziel, die betroffenen Lebensräume der Arten in einen Zustand zu versetzen, der es den Populationen ermöglicht, einen geplanten Eingriff schadlos zu verkraften. Damit CEF-Maßnahmen eine durchgehende ökologische Funktionsfähigkeit leisten können, muss mit ihrer Umsetzung rechtzeitig, d.h. vor dem Eingriff begonnen werden. Ihre Wirksamkeit muss vor dem Eingriff gegeben sein.

<b>A<sub>CEF</sub> 1</b>	<b>Schaffung von Ersatzhabitaten für Zauneidechsen</b>
<b>Konflikt im geplanten Eingriff</b> Verlust geeigneter Habitatstrukturen	
<b>Bezug/ betroffene Flächen</b> gesamtes Plangebiet	

A <sub>CEF</sub> 1	Schaffung von Ersatzhabitaten für Zauneidechsen
<b>Zielart(en) der Maßnahme</b>	
Zauneidechse	
<b>Maßnahme</b>	
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Herrichtung von 3 Reptilienburgen</li> <li>• Herstellen vegetationsfreier Plätze als Sonnenplätze, Aufschichten von Versteckmöglichkeiten, z.B. Lesesteinhaufen, Totholz- und Reisighaufen und Anlagen von Sandhaufen zur Eiablage</li> <li>• Anzahl der Reptilienburgen ggf. an Fangergebnis nach V<sub>ASB</sub> 4 anpassen</li> <li>• Auswahl der Standorte der Reptilienburgen und Anlegen dieser sind durch Fachgutachter zu begleiten</li> </ul>	
<b>Ausführungszeitraum</b>	
Herstellung der Ersatzhabitats erfolgt vor Beginn des Absammelns (V <sub>ASB</sub> 3)	
<b>Unterhaltungspflege</b>	
Pflege der Reptilienburgen mindestens einmal jährlich durch Mahd und Entfernen aufkommender Gehölze	
<b>Kontrolle/ Monitoring</b>	
nein	

## 5 Fazit

Mit Umsetzung des Bebauungsplanes können Tierarten des Anhang IV der FFH-Richtlinie sowie gemeinschaftsrechtlich geschützte Vogelarten betroffen sein. Diese Betroffenheit kann für diesen Bebauungsplan nur auf den Verlust von Brut- und Fortpflanzungsstätten von in Bäumen brütenden Vogelarten zurückgeführt werden.

Im Ergebnis der artenschutzrechtlichen Prüfung wurden zur Vermeidung des Eintretens artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände nach § 44 Abs. 1 BNatSchG folgende Maßnahmen empfohlen:

Artengruppe	mögliche Betroffenheit nach				Maßnahme/ Bemerkung
	Ziff. 1	Ziff. 2	Ziff. 3	keine	
Vögel					
Gehölzbrüter				X	Vermeidung (V <sub>ASB</sub> 1)
Bodenbrüter				X	Vermeidung (V <sub>ASB</sub> 2)
Zauneidechsen				X	Vermeidung (V <sub>ASB</sub> 3) Ausgleich (A <sub>CEF</sub> 1)

Empfohlene Maßnahmen zur Vermeidung und zum Ausgleich des Eintretens von Verbotstatbeständen nach § 44 Abs. 1 BNatSchG:



- V<sub>ASB</sub> 1:** Bauzeitenregelung zur Durchführung von Gehölzentnahmen
- V<sub>ASB</sub> 2:** Bauzeitenregelung zur Beseitigung der Vegetationsschicht
- V<sub>ASB</sub> 3:** Umsiedlung von Zauneidechsen
- A<sub>CEF</sub> 1:** Schaffung von Ersatzhabitaten von Zauneidechsen

Eine Ausnahmeprüfung gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG ist bei Durchführung der oben genannten Maßnahmen nicht erforderlich.

## 6 Literatur- und Quellenverzeichnis

- [1] ARGE EINGRIFF-AUSGLEICH NRW (1995): Entwicklung eines einheitlichen Bewertungsrahmens für straßenbedingte Eingriffe in Natur und Landschaft und deren Kompensation. – Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr NRW und des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft NRW, 207 S.
- [2] BAUER, H.G., BERTHOLD, P., BOYE, P., KNIEF, W., SÜDBECK, P. & WITT, K. (2002): Rote Liste der Brutvögel Deutschlands. 3., überarbeitete Fassung. Berichte zum Vogelschutz 39: 13-60
- [3] BÖTTCHER, M. (2001): Auswirkungen von Fremdlicht auf die Fauna im Rahmen von Eingriffen. – Natur und Landschaft. Schriftenreihe für Landschaftspflege und Naturschutz 67: 42-51
- [4] RANA im Auftrag vom Landesbetrieb Bau Sachsen-Anhalt (2008): Artenschutzbeitrag im Rahmen von Vorhaben des LBBau Sachsen-Anhalt – Gesamtunterlage -
- [5] RECK, H., HERDEN, C., RASSMUS, J. & R. WALTER (2001): Die Beurteilung von Lärmwirkungen auf freilebende Tierarten und die Qualität ihrer Lebensräume - Grundlagen und Konventionsvorschläge für die Regelung von Eingriffen nach § 8 BNatSchG. Angew. Landschaftsökologie 44 :125-151